



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/77

4. Juli 1949

## Arbeitslose und Heimatvertriebene stören Erhards und Rinders Theorien

Von Wenzel Jaksch

Es wächst sich nachgerade zu einem Skandal aus, wie die in Frankfurt massgebenden CDU-Politiker hartnäckig an dem Problem der sieben Millionen Vertriebenen in Westdeutschland vorbeireden. Dr. Rinders bemerkenswerteste Stellungnahme zu diesem brennenden Zeitproblem war seine kürzlich erfolgte Absage an den Gedanken eines eigenen Bundesministeriums für Vertriebenenfragen und Wiederaufbau. Vorher hatte er in Köln vor der deutsch-belgisch-luxemburgischen Handelskammer erklärt, dass es in Westdeutschland keine "echte" Arbeitslosigkeit gäbe. Damit hieb er in die gleiche Kerbe wie Professor Erhard, der sich unlängst zu der Behauptung verstiegen hatte, die Arbeitslosigkeit sei zum grossen Teil eine Folge der Registrierung von 800.000 ehemaligen Schwarzhändlern.

Wenn sich die CDU-Führer ein wenig mit der sozialen Wirklichkeit im Lande vertraut machen würden, könnten sie nicht so blamabel daneben hauen. Es blieb Dr. Kurt Schumacher vorbehalten, diese Monopolisten der wirtschaftswissenschaftlichen "Objektivität" darauf aufmerksam zu machen, dass allein 82 Prozent aller westdeutschen Arbeitslosen auf die drei stärksten mit Flüchtlingen belegten Länder Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen entfallen. In diesen Ländern könnte eine Frankfurter Wirtschaftsverwaltung, die diesen Namen verdiente, weite Gebiete vorfinden (wie Unterfranken und manche Kreise in der Oberpfalz), wo 85 und sogar 90 Prozent der Heimatvertriebenen der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.

Den deutschen Flüchtlingsverwaltungen liegt nun eine Statistik der Flüchtlingsarbeitslosigkeit für die Bizone vor, die sogar einen Herrn Dr. Rinder davon überzeugen sollte, dass die sieben Millionen Heimatvertriebenen in Westdeutschland ein wirtschaftlich-soziales Sonderproblem grössten Ausmasses darstellen. Nach dem Stande von Ende April 1949 wurden ermittelt:

	Arbeitslose vertriebene Männer und Frauen in Prozent der Gesamtzahl Arbeitsloser	Vertriebene in Prozent der Bevölkerung
Bayern (31.3.49)	41.4	22.2
Bremen	3.0	5.9
Hamburg	3.3	8.0
Niedersachsen	42.3	29.4
Hessen	27.3	16.9

Nordrhein-Westfalen	12.7	8.4
Schleswig-Holstein	58.5	38.1
Württemberg-Baden	36.7	17.7

Somit sind also die Heimatvertriebenen fast in doppeltem Umfange von der Arbeitslosigkeit betroffen worden wie die Altbürger, mit Ausnahme von Hamburg und Bremen. Die brachliegende Arbeitskraft von Millionen Vertriebenen gefährdet nicht nur die politische Stabilität in Westdeutschland, sondern auch den bescheidenen Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die ersten Anzeichen eines verzweifelten Kampfes um das kleiner werdende Stück Brot sind schon da. So entlassen z.B. Bauern im Allgäu ihre ständigen Facharbeiter, um die 25 DM Barlohn zu ersparen und ziehen es vor, Flüchtlingsfamilien für Wohnungsbeistellung und täglich einen halben Liter Milch arbeiten zu lassen. Umgekehrte Erscheinungen verzeichnet der jüngste Bericht des Bayerischer Landesarbeitsamtes: "Mit Beendigung des Holzeinschlags wurden zahlreiche Forstarbeiter entlassen. Die Entlassungen sind bedauerlicherweise meist Flüchtlinge. Die Entlassung von einheimischen Arbeitskräften, die in der Hauptsache Kleinlandwirte sind und ihre Fahrzeuge zum Abtransport des Holzes zur Verfügung stellen, kommt erst in zweiter Linie in Frage". Damit entstehen neue Reibungsflächen zwischen den ärmsten Schichten. Vom Standpunkt kapitalistischer Ausbeuterinteressen wäre es nur zu begrüßen, wenn die Heimatvertriebenen in Westdeutschland als sogenannte "unechte" Arbeitslose dauernd eine riesige industrielle Reserve-Armee bilden würden. Es wird somit zu einer wahren Lebensfrage der Demokratie, in Westdeutschland durch eine Politik der Vollbeschäftigung und des zielbewussten sozialen Ausgleichs Lebensmöglichkeiten sowohl für die Altbürger, als auch für die Heimatvertriebenen zu schaffen.

In einem Punkte sind die sozialen Schönfärbereien der Herren Pünder und Professor Erhard von geradezu fataler Auswirkung. Wohlgesinnte Ausländer betonen bereits, dass Westdeutschland aus eigener Kraft mit der Riesenlast des Vertriebenen-Problems nicht fertig werden kann. Wenn aber der Verelendungsprozess der Heimatvertriebenen in den Dauerlagern und Dorfquartieren von massgebender deutscher Seite totgeschwiegen oder mit einer Handbewegung als "unechte Arbeitslosigkeit" abgetan wird - wo soll dann der Impuls für die Ausdehnung der Marshall-Hilfe auf die deutschen Heimatvertriebenen herkommen?

- - - - -

Das Kompromiss von Paris

A.F. Paris, im Juli 1949

Wie erwartet, würde in Paris in letzter Minute bei der Ausarbeitung des neuen innereuropäischen Zahlungsplanes für 1949/50 von den beteiligten westeuropäischen Regierungen eine Verständigung erzielt. Über das in den nächsten Jahren zu erreichende Ziel bestehen kaum Meinungsverschiedenheiten. Es gilt, eine grössere europäische Wirtschaftseinheit zu schaffen und innerhalb Westeuropas alle störenden Handelsschranken zu beseitigen. Gegensätze machen sich erst dann bemerkbar, wenn über Mittel und Tempo gesprochen wird. Das Grundproblem ist einfach: die Ausdehnung des zwischeneuropäischen Handels und die Befreiung des Weltwarenverkehrs von der Devisenkontrolle ist mit den ungenügenden Gold- und Devisenvorräten der verschiedenen interessierten Staaten in Einklang zu bringen. Es handelt sich hierbei um eine finanztechnische Frage, die nicht auf den recht naiven Nenner: Dollar gegen Pfund gebracht werden kann. Für einen Währungskampf fehlen sämtliche Voraussetzungen. Niemand vermag die eindeutige Überlegenheit des Dollars zu bestreiten. Es ist auch anzuzweifeln, ob den Amerikanern ungewöhnlich viel an einer raschen Abwertung des englischen Pfundes gelegen ist. Dadurch würde ja die britische Konkurrenz auf den Weltmärkten nur gestärkt werden. Ausserdem überschattet der nur noch theoretische Goldkurs das Verhältnis zwischen Dollar und Pfund. Die Vereinigten Staaten halten, teilweise aus Prestigegründen, teilweise aus berechtigten wirtschaftlichen Erwägungen an dem offiziellen Goldkurs von 35\$ je Feinunze fest, obwohl der Dollar mehr als ein Drittel seiner Kaufkraft verloren hat und obwohl andererseits die Gestehungskosten des Goldes in den letzten zehn Jahren nicht unwesentlich gestiegen sind. Die Schwäche des Sterlingblockes erklärt sich teilweise durch den zu niedrigen Goldkurs. Die Schicksale der Weltwährungen werden keineswegs in Paris entschieden, sondern auf einer internationalen Währungskonferenz, deren erste Aufgabe eine neue Festsetzung des offiziellen Goldwertes im Verhältnis zum Dollar sein würde.

Im Hintergrunde der Beratungen der OEEC wird von einflussreichen Kreisen ein Kampf für den Liberalismus und gegen die durch Grossbritannien verkörperten planwirtschaftlichen Vorstellungen geführt. Die freie Wirtschaft und der freie Handel sind Amerikas theoretisches Glaubensbekenntnis, dessen praktische Anwendung jedoch schon lange nicht mehr zu Ungunsten amerikanischer Interessen gestattet ist. Recht bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Haltung der öffentlichen Meinung in Frankreich. Die konservativen Wirtschaftskreise legen grössten Wert auf eine Krise in Grossbritannien, die als Beweis des Scheiterns der Wirtschaftspolitik der britischen Arbeiterpartei gelten soll. Frankreich ist weder an der Abwertung des Pfundes interessiert noch kann es daraus irgend einen Nutzen ziehen. Trotzdem wird von der gesamten Wirtschaftspresse und gleichzeitig aus politischen, anti-europäischen Gründen von den Kommunisten diese Abwertung gefordert. Es ist diesen Kreisen anfangs auch gelungen, die öffentliche Meinung glauben zu lassen, dass die Haltung Grossbritanniens in der Frage

des neuen europäischen Zahlungsplanes eine Gefahr für die europäische Einheit ist. Schliesslich ist aber in den französischen Ansichten doch ein fühlbarer Wandel eingetreten und man kommt mehr und mehr zu der Überzeugung, dass die Lage Frankreichs von derjenigen Grossbritanniens nicht allzu verschieden ist und dass ganz Westeuropa gemeinsam gegen den falsch verstandenen und recht einseitigen Liberalismus der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftswelt Stellung nehmen muss.

-----  
Wieder Deutsche auf der Prager Burg  
 -----

sp. In der letzten Zeit häufen sich Meldungen Schweizer Zeitungen darüber, dass an führenden Stellen in Prag im Hintergrund Männer sitzen, die mit dem tschechischen Volk nichts gemein haben, weil sie Sudetendeutsche sind, aber als linientreue Kommunisten zur Überwachung der tschechischen Kommunisten von Moskau eingesetzt wurden. In tschechischen Veröffentlichungen hat man darüber bisher nichts gehört. Das ist verständlich, weil der Hass gegen alles Deutsche in Prag unvermindert ist und sich in diesem Falle mit dem Hass gegen das Regime paaren würde. In einer Schweizer Zeitung wurde u.a. gesagt, dass der Sudetendeutsche Bruno Kohler vom Krenl der Prager Regierung als "Berater" zugeteilt wurde und dass Robert Freund (jetzt "Frejka") die gleiche Rolle in Wirtschaftsfragen spielt, während die Tochter des früheren sudetendeutschen Kommunisten Kreibich offiziell als Sekretärin Gottwalds angestellt, inoffiziell den Überwachungsdienst für die Tätigkeit der tschechischen Parlamentarier leitet. Ferner wurden auch die Namen von einigen "Moskowitzern" genannt, die das Aussenministerium überwachen.

Während über diese Personen in der tschechischen Presse bisher keine Anhaltspunkte gefunden werden konnten, findet man nun nach dem letzten Parteitag Bestätigungen über die Existenz von sudetendeutschen Kommunisten, die die beiden Hauptsäulen des Regimes, Partei und Wehrmacht, beherrschen.

Bei dem einen handelt es sich um den Sudetendeutschen Bedrich Geminder (früher Fritz Kramer), der während des Krieges die tschechischen Rundfunksendungen von Moskau aus leitete und bei dem anderen um Bedrich Reicin (früher Fritz Reizinger). Geminder ist der Stellvertreter des Generalsekretärs der Partei, Slánsky, und trat als solcher auch als Mitglied des sogenannten Arbeitspräsidiums beim Parteikongress in Erscheinung. Die tschechische Sprache scheint er noch nicht zu beherrschen, da bis jetzt noch nicht eine einzige öffentliche Äusserung Geminders zu verzeichnen ist. Verständlicherweise findet sich sein Name auch nicht in der 97 Personen umfassenden Liste des Zentralausschusses der Partei. Schliesslich hat er ja auch seine Lizenzierung von Moskau erhalten.

Reicin dagegen zeigt gern die Beherrschung der tschechischen Sprache, was damit erklärlich ist, dass er in seiner Jugend in Pilsen

deutsche Schulen besuchte, also in einer damals gemischtsprachigen Stadt, in der jeder Deutsche sich nebenher die tschechische Sprache mitaneignete. Reicin trat beim Parteitag gleich zweimal in Erscheinung, und zwar in einer offiziellen Begrüssungsansprache und nachher noch im Rahmen der sogenannten Diskussion. Offiziell als Stellvertreter des Verteidigungsministers Svoboda auftretend, verrieten seine Darlegungen eindeutig, dass er der sowjetische Machthaber der tschechischen Armee ist. Im Bericht des Parteiorganes "Rudé Právo" wird Oberst Reicin auch umschrieben "Delegierter der Soldaten-Kommunisten" genannt. Die zur Zeit innerhalb der tschechischen Armee laufenden Säuberungsaktionen tragen seinen Namen, wie auch seine beiden Kundgebungen beim Parteitag ausschliesslich der Forderung nach der kommunistischen Gleichschaltung der tschechischen Wehrmacht gewidmet waren, wobei er die Notwendigkeit der Wiederholung hussitischer Traditionen unterstrich.

Pikant wird dieser Einfluss sudetendeutscher Kommunisten durch die Gerüchte, wonach Russland von Prag die Rückberufung der ausgewiesenen Sudetendeutschen verlangt, um mit ihnen die verfallende Wirtschaft der Tschechoslowakei anzukurbeln. Die Gerüchte tauchten zum erstenmal im Frühjahr 1949 auf, als Wyschinski in Karlsbad "zur Kur" weilte. Damals konnte Gottwald ein Dementi ausgeben. Vor kurzem nun hat die Prager Regierung amtlich bekanntgegeben, dass die noch in der Tschechoslowakei verbliebenen Sudetendeutschen für die Tschechoslowakei optieren können. Man kann darin ein schrittweises Einlenken auf den Moskauer Wunsch erblicken. Noch vor einem halben Jahr waren die Deutschen in unregelmässigen und improvisierten Transporten an die bayerische Grenze abgeschoben worden. Im scheinbaren Widerspruch zu den Optionstendenzen steht die jetzt anlauende Aussiedlungsaktion auf Initiative des Internationalen Roten Kreuzes, die sich auch auf Polen erstreckt. Man kann annehmen, dass die tschechische Regierung auf Moskauer Weisung nur solche Deutsche aussiedeln wird, die sie nicht benötigt. (b/Bl22/2/he)

#### Rhein-pfälzische Perspektiven

(sp) Der von der französischen Politik der Jahre 1945/46 geäusserte Drang, in der französischen Zone Kleinstaaten mit stark föderalistischer Betonung zu schaffen, musste angesichts der schnellen Entwicklung sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus realpolitischen Erwägungen aufgegeben werden. Das Pariser Einverständnis zur Schaffung der Trizone stösst anscheinend nur noch bei jenen Restbeständen an Besatzungsoffizieren auf Widerspruch, die seinerzeit zu stark auf eine Rheinbundpolitik Richelieu'scher Prägung gedrillt waren.

Die deutschen Befürworter der Kleinstaeterei, angefangen von Herrn Wohlleb in Südbaden bis zum rheinpfälzischen Ministerpräsidenten Altmaier sind durch den Kurswechsel der offiziellen Be-

satzungspolitik in eine kritische Situation geraten. Erstaunlich dabei ist auch, dass die französische Militärregierung in der Frage der Besatzungskosten jetzt, da besonders in Rheinland-Pfalz die Zahlungsunfähigkeit ganz offiziell verkündet wurde, keinerlei Nachgiebigkeit zu Gunsten der von ihr selbst früher so stark geförderten autarken Staatspolitik der künstlichen "Länder" zeigt. Im Gegenteil, wie der Unterstaatssekretär für deutsche Angelegenheiten im französischen Aussenministerium kürzlich verkündete, setzt man alle Hoffnung darauf, dass die zukünftige Bundesregierung bald die Aufgaben übernimmt, welche die Länder der französischen Zone in Bezug auf die Besatzungskosten offenbar nicht zu erfüllen in der Lage sind.

In Rheinland-Pfalz war bisher die CDU stärkster Träger eines rheinpfälzischen Patriotismus. Die Anzeichen mehren sich von Tag zu Tag, dass die - besonders im rein katholischen Landesteil - so betonte Front heimattreuer Rheinpfälzer auseinanderzubrechen beginnt. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in der landsmännischen Verschiedenheit der drei Glieder des Landes, auch nicht in der unmöglichen finanziellen Situation, sondern mehr noch in Erwägungen, die mit der Ernennung Bonns zur Bundeshauptstadt in engem Zusammenhang stehen.

Wie bekannt, sollte die Regierung von Rheinland-Pfalz von Koblenz nach Mainz übersiedeln, um die widerstrebenden Pfälzer und Rheinhessen stärker an das Land zu binden. Bisher ist dem schon lange erlassenen Umzugsbefehl - ausser einer einzigen französischen Behörde - noch keine deutsche Dienststelle gefolgt. Man scheut die grossen Kosten, zudem scheinen sich innerhalb der CDU die Stimmen zu mehren, welche entgegen der bisherigen Haltung keinen Wert mehr auf den weiteren Bestand des Landes legen. Man nimmt an, dass auch das Kölner Episkopat bei diesem Kurswechsel die Hand im Spiele hat, um die durch die Ländergrenzen nach verschiedenen Richtungen orientierte katholische Gemeinde straffer zu zentralisieren. Der "Rheinische Merkur" deutete kürzlich auf die Zwecklosigkeit einer Übersiedlung der Regierung von Koblenz nach Mainz hin. Fest steht aber auch, dass neben der Herstellung einer echten Verbindung zur Kölner Bischofszentrale ein ebenso wirksamer Kontakt zur Bundeshauptstadt Bonn gesucht wird.

Alle diese Dinge sind zur Zeit noch im Fluss, es scheint, dass durch die Wahlen die Entwicklung beschleunigt werde. Die Bildung eines Südweststaates dürfte dann nicht mehr das einzige Problem sein, das in Bezug auf die Bereinigung der Ländergrenzen zur Lösung ansteht. M.

#### SPD-Gewinne bei Betriebsratswahlen

(sp) Vor wenigen Tagen durchgeführte Betriebsratswahlen in 66 Mittel- und Grossbetrieben in Nordrhein-Westfalen zeigen folgendes Bild: Von den 594 (599) gewählten Betriebsräten gehören an: SPD 211 (bisher 181), KP 89 (90), CDU 56 (69), Parteilos 234 (215). Ausserdem gehören 3 (4) der Zentrumspartei und 1 (-) der RSF an. Danach hat die SPD 30 Mandate gewonnen, während die KP mit einem Mandat Verlust ihre vorerige Position knapp gehalten hat. Die 13 Verluste der CDU sind sämtlich den Parteilosen zugute gekommen, die noch darüber hinaus einige Mandate gewinnen konnten.

Bayern "durchsetzt" den Bund

sp. Bayern hat mit dem im Entstehen begriffenen Westdeutschen Bund nicht viel im Sinn, das Grundgesetz wurde von der CSU, der bayerischen Regierungspartei, abgelehnt. Jetzt wird uns ein Rundrlass der bayerischen Staatskanzlei bekannt, der schon einige Zeit zurückliegt und Aufschluss darüber gibt, wie man den Mangel an Sympathien für diesen Bunde einigermaßen auszugleichen gedenkt.

"Betr.: Verwendung bayerischer Beamter im bizonalen Dienst bzw. in einer künftigen Bundesverwaltung", ist die Verordnung gekennzeichnet. Darin heisst es u.a.: "Die bevorstehende Errichtung einer Bundesregierung wird die Möglichkeit zum Übertritt bayerischer Beamter in die Bundesverwaltung bieten. Eine möglichst zahlreiche **D u r c h s e t - z u n g** der künftigen Bundesverwaltungen mit bayerischen Beamten liegt im Interesse des bayerischen Staates. Da nach Beendigung der Arbeiten des Parlamentarischen Rates in Bonn mit einer raschen Errichtung der Bundesorgane zu rechnen ist, empfiehlt es sich, bereits frühzeitig aus bayerischen Verwaltungen solche Beamte bzw. Angestellte namhaft zu machen, die gewillt und geeignet sind, in die künftige Bundesverwaltung überzutreten".

Es werden dann eine Reihe von wünschenswerten Voraussetzungen für diesen Übertritt genannt und schliesslich einige Vorteile aufgezählt, die auf die Wunde des Ausscheidens aus dem bayerischen Staatsdienst ein Pflaster legen soll: zunächst die Zusicherung des Rücktrittsrechts in den bayerischen Staatsdienst innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, dann "Beförderung anlässlich des Ausscheidens aus dem bayerischen Staatsdienst", ferner "Verleihung von Titeln und Rang der nächst höheren Besoldungsgruppe" und schliesslich Beihilfe zum Erwerb einer Wohnung.

Der Bund soll also so stark wie möglich von Bayern her infiltriert und geschwächt werden, denn es wäre bei der bekundeten bayerischen Grundeinstellung absurd, anzunehmen, man wolle ihn stärken. Das aber soll der Bund selbst mit erhöhten Gehältern für die zuvor unter der bayerischen Regierung beförderten Beamten und Angestellten bezahlen - kein schlechter Plan fürwahr! Wir möchten uns einen Zusatzvorschlag erlauben, man sollte den unerfreulichen Streit Bonn - Frankfurt zugunsten Münchens schlichten, dann ist das Ganze noch bequemer, auch die Wohnungsbeihilfen könnten fortfallen. (m/1/47/hs)

Kriedemann kandidiert. (sp.) Auf einer Sitzung des Vorstandes des Bezirks Hannover der SPD am letzten Sonnabend wurde das Vorstandsmitglied der SPD, Herbert Kriedemann, in einer geheimen Abstimmung mit grosser Mehrheit als Kandidat auf der niedersächsischen Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt. (m/1/47/hs)